

**Rede des Landesvorsitzenden der FDP-NRW, Andreas Pinkwart
Landesparteitag am 29. April 2006 in Wuppertal**

Das neue NRW zieht an

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Nach 25 Jahren ist dies heute der erste Parteitag, den wir in Nordrhein-Westfalen wieder als politisch gestaltende Regierungspartei bestreiten.

Das neue NRW zieht an. Wir regieren mit Optimismus und klarem Kurs. Wir machen Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Land der neuen Chancen:

- Wir machen unsere Schulen wieder fit für die Zukunft. Unser Motto: Fördern und fordern. Mit uns erhalten alle Kinder wieder sozial gerechte Bildungschancen.
- Wir stellen Jahr für Jahr 1.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer ein. Der Ausfall von Unterricht wird nicht mehr heimlich in Statistiken verwaltet, sondern praktisch bekämpft.
- Mit dem Zukunftspakt und dem Studienbeitragsgesetz sichern wir unseren Hochschulen verlässliche und auskömmliche Finanzen.
- Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz bekommt Nordrhein-Westfalen das modernste Hochschulrecht Deutschlands. Wir stärken damit unsere Hochschulen im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe.
- Wir setzen neue Schwerpunkte für Bildung und Innovation und zugleich machen wir mit der Sanierung der Landesfinanzen ernst. Der eingeschlagene Konsolidierungskurs ist ohne Alternative und ein Gebot der Fairness gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Mit großen Kraftanstrengungen bringen wir den Haushalt wieder in Ordnung.
- Wir machen Schluss mit dem Bürokratiewahnsinn von Rot-Grün und setzen EU- und Bundesrecht nur noch eins zu eins um. Die Modellregion für Bürokratieabbau in Ostwestfalen-Lippe wird auf ganz NRW ausgeweitet.
- Wir lassen die Biergärten länger offen und liberalisieren die Ladenöffnungszeiten.
- Wir lassen zum Schutz von Mensch und Umwelt nicht weiter zu, dass hoch subventionierte Windkraftanlagen unsere Landschaft verschandeln.
- Wir beenden den Steinkohleabbau unter dem Rhein mit dem vorzeitigen Aus für das Bergwerk Walsum.

Das alles haben wir vor der Wahl gesagt. Dies alles haben wir nach der Wahl im Koalitionsvertrag vereinbart und dies alles und vieles mehr haben wir bis heute bereits auf den Weg gebracht. Kurzum:

Willkommen im neuen NRW!

Die Wählerinnen und Wähler haben sich für einen echten Politikwechsel entschieden, wissend darum, dass damit auch Veränderungen verbunden sind, die vorübergehend als

unangenehm empfunden werden können. Sie wissen aber auch: Die Reformen sind unverzichtbar, denn nur durch sie hat das Land wieder eine Zukunft.

Nur zur Erinnerung: Wie haben wir denn das Land übernommen? Übrigens von Herrn Steinbrück, der in Berlin jetzt schon von der Kanzlerkandidatur träumt, uns hier aber riesige Probleme hinterlassen hat.

- 112 Milliarden Euro Schulden
- Über eine Million Menschen ohne Arbeit
- Rekordpleitewellen im Mittelstand und im Handwerk
- das unsozialste Bildungssystem Deutschlands
- und eine riesige Lücke bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Noch im Jahr 2003 haben Bund und Land in NRW mit drei Milliarden Euro ebensoviel Mittel für die Steinkohlesubventionierung aufgewendet, wie für Forschung und Entwicklung. Wenn aber ein Land für Vergangenes genauso viel Geld ausgibt, wie es in die Zukunft investiert, kann es im internationalen Wettbewerb nicht aufholen.

Es erfordert einen riesigen Kraftakt, unser Land von diesen Problemen zu befreien. Die neue Landesregierung hat dafür die Voraussetzungen:

- Wir arbeiten in einem Klima des Vertrauens und auf gleicher Augenhöhe. Und bei allen Unterschieden, die es zwischen zwei eigenständigen Partnern immer geben wird: Wir lösen Probleme fair, wirksam und erfolgreich. Das ist auch ein Verdienst von Jürgen Rüttgers, der großen Wert legt auf ein gutes und partnerschaftliches Koalitionsklima. Wir wissen das zu schätzen.
- Hinzu kommt: FDP und CDU haben einen gemeinsamen und klaren ordnungspolitischen Kurs: Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat und Erarbeiten vor Verteilen.

Wer einen klaren Kurs hat und vertrauensvoll zusammenarbeitet, regiert schneller und besser. Mit Kraft und Tempo bauen wir das neue NRW. Der Bauplan dafür ist der gemeinsame Koalitionsvertrag, den Sie im vergangenen Jahr einstimmig mit auf den Weg gebracht haben. Die eingeleitete Sanierung des Haushalts sowie unsere bereits im ersten Regierungsjahr umgesetzten Reformvorhaben sind die ersten Fundamente dafür.

Dass das alles nicht einfach ist und auch nicht einfach wird, dessen sind wir uns alle bewusst. Es ist auch kein Geheimnis, dass wir alle in unserem Land einen Beitrag dazu leisten müssen. Aber eines kann ich Ihnen versichern: Wir arbeiten hart für dieses Ziel. Und werden es nicht aus den Augen verlieren.

Die Zeiten, in denen eine Regierung Wohltaten aus dem Füllhorn ausschütten kann, sind jedenfalls vorbei. Aber jede Notsituation – und die öffentlichen Kassen befinden sich in einer Notsituation – birgt auch Chancen. Und eine Chance in dieser Haushaltslage lautet, sich klipp und klar auf die Bereiche zu konzentrieren, die über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wirklich entscheiden. Sich wieder auf das Wesentliche zu konzentrieren. Sich bei jedem Cent zu prüfen: Setzen wir das knappe Geld auch effektiv ein?

Das erfordert Mut, und das erfordert eine Politik aus einem Guss. Wir müssen sparen, indem wir Ausgaben kürzen. Aber wir müssen zugleich auch Vermögen ansparen, indem wir in die richtigen und wichtigen Bereiche investieren. Und das wichtigste Vermögen, das wir haben, ist die Bildung unserer Kinder.

Hier müssen wir jeden Einzelnen in unserem Land wieder stark machen. Gerade in einer Zeit der Globalisierung, des schnellen technologischen Fortschritts und immenser demografischer Herausforderungen. In der Bildung wie auch insgesamt gilt: Nur wenn wir den Einzelnen wieder stark machen, wird auch das gesamte Land zu neuer Stärke finden.

Freiheit misst sich für den Einzelnen nicht zuletzt in der Anzahl seiner Optionen. Und für die Optionen des Einzelnen ist nichts von so entscheidender Bedeutung wie Bildung, Ausbildung und Qualifikation. Deshalb schaffen wir faire und gute Startbedingungen für alle: Im Kindergarten und in den Schulen durch eine frühestmögliche und bestmögliche Förderung. Damit Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt wieder eine Chance bekommen.

Bildung ist entscheidend für den Wohlstand einer Gesellschaft. Nur wenn wir im internationalen Vergleich so viel besser sind, wie wir teurer sind, werden wir unseren Wohlstand sichern und ausbauen können. Und das müssen wir, wenn wir jenen wirksam helfen wollen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können. Solidarität mit den Schwachen ist gerade für Liberale selbstverständlich. Aber die Frage ist doch, auf welchem Niveau wir dazu in der Lage sind. Notwendig ist eine leistungs- und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft mit hoch qualifizierten Menschen. Deshalb ist Bildung die eigentliche soziale Frage der Zukunft. Gerade auf diesem Kernfeld der Landespolitik hat Rot-Grün versagt.

Wir handeln:

- Wir stellen zusätzliche Lehrer ein.
- Wir organisieren zusätzlichen Vertretungsunterricht. (Übrigens, dass ausgefallener Unterricht nachgeholt werden muss, ist kein Angriff auf die Lehrer, sondern eine klare Parteinahme für unsere Kinder.)
- Wir setzen auf individuelle Förderung aller Kinder in allen Schulformen – und zwar so früh wie möglich.
- Wir sorgen dafür, dass die Kinder vor der Einschulung Deutsch sprechen können.
- Wir bauen das Angebot an Ganztagsplätzen aus.

Das ist soziale Politik für NRW.

Und es ist auch soziale Politik auf Wertevermittlung, Erziehung und mehr Leistungsbereitschaft in eigenverantwortlichen Schulen zu setzen. Im Übrigen: Mehr Leistungsorientierung in der Schule ist für uns keine Körperverletzung.

Liebe Freunde,

Nordrhein-Westfalen hat die dichteste Hochschullandschaft in Europa, aber noch längst nicht die beste. Das hat uns auch der Exzellenzwettbewerb nochmals klar vor Augen geführt. Mit Aachen ist bislang nur eine Universität unseres Landes in der nationalen Spitzenliga. Das wollen und das werden wir ändern. Deshalb bauen wir die Hochschullandschaft um. Mit unserem Studienbeitragsgesetz, mit unserem Hochschulfreiheitsgesetz, und mit einem klaren Bekenntnis für Wettbewerb, für Exzellenz in der Forschung und für Qualität in der Lehre.

All jenen, die gerne alles so belassen würden, wie es ist, kann ich nur entgegnen: Sie haben schlechte Argumente. Nur jeder fünfte Hochschulabsolvent macht sein Examen in der Regelstudienzeit. Nur zwei Drittel der Studenten in NRW kommen überhaupt bis zum Examen. Das können wir uns nicht länger leisten. Im Interesse unserer Studierenden, im Interesse unserer Wissenschaftler und Hochschulen, und auch im Interesse unserer Volkswirtschaft.

Wir wollen, dass unsere Hochschulen internationale Spitzenforschung betreiben, dass unsere Studierenden zu den Besten in der Welt gehören. Deshalb haben wir uns von der Politik der Vorgängerregierung verabschiedet, weil sie nach dem Grundsatz verfahren hat: „Besser alle Hochschulen gleich schlecht als einige richtig gut.“ Wir tun stattdessen alles, um unseren Hochschulen so viel Gestaltungsfreiheit, Gestaltungsverantwortung und Gestaltungskraft wie möglich zu geben. Letzteres erhalten die Hochschulen durch den vom Landtag beschlossenen Zukunftspakt, der sichere und auskömmliche Finanzen für die Hochschulen garantiert. Und mit unserem Studienbeitragsgesetz geben wir ihnen die Chance auf echte Zusatzeinnahmen bis zu 320 Millionen Euro pro Jahr zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität in der Lehre.

Die besten Wissenschaftler und Studierenden sollen an unseren Hochschulen, forschen, lehren und lernen. Und die, die unter Rot-Grün unser Land verlassen haben, laden wir mit unserem Hochschulfreiheitsgesetz herzlich ein wieder zurückzukommen.

Durch die Stärkung der Autonomie der Hochschulen – einschließlich der neuen Möglichkeiten zur Gründung von Unternehmen im Schulterschluss mit der Wirtschaft – schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass die Forschungsleistungen noch effektiver für die Entwicklung des Innovationsstandortes Nordrhein-Westfalen genutzt werden können. So werden aus unseren Hochschulen Brutstätten für neue Ideen, Patente und innovative Unternehmen.

Wir wollen in Deutschland Innovationsstandort Nr. 1 werden und international in der ersten Liga mitspielen. Hierzu müssen wir gerade hier in NRW endlich Schluss machen mit der jahrelang betriebenen Ideologisierung der Forschungs- und Technologiepolitik.

Wichtig ist aber auch, dass wir die bei uns entwickelten und teils mit Steuergeldern geförderten Technologien im eigenen Land auch akzeptieren und anwenden. Wir brauchen also wieder eine gesellschaftlich und kulturell stärker verankerte Offenheit und Akzeptanz gegenüber neuen Technologien. Es darf nicht wahr sein, dass Franz Müntefering damals ins ferne China reisen musste, um zu lernen, dass der in Deutschland entwickelte Transrapid nicht nur auf Versuchsstrecken im Kreis, sondern tatsächlich auch geradeaus fahren kann. Jetzt wundern sich die gleichen Leute, die den Transrapid hier über Jahre verhindert haben, dass die Chinesen ihn mittlerweile schon selbst bauen können.

Eine ideologiefreie, vernunftorientierte Politik brauchen wir ebenso beim Umweltschutz.

Ein wirksamer Umweltschutz setzt schnelles und effizientes Handeln voraus. Nehmen wir nur den Bau von Umgehungsstraßen, um die Lärmimmissionen für die Anwohner zu senken. Oder nehmen wir den Lückenschluss bei Autobahnen zur Stauvermeidung und zum Schutz von Mensch, Umwelt und Volkswirtschaft. Die vermeintlichen Umweltschützer haben jedoch solche, auch für die Umwelt wichtigen Projekte mit ihrer Umweltbürokratie zu Tode geprüft.

Libérale Umweltpolitik sieht Chancen, nicht nur Risiken. Liberale Umweltpolitik ist innovations- und technologieorientiert. Wir wollen Forschung und Technologie in den Dienst von Natur, Gesundheit, Umwelt und der Schaffung von Arbeitsplätzen stellen. Der Verzicht auf Wissen ist nicht Nachhaltig. Forschungs- und Denkverbote schränken mögliche Entwicklungspfade unzulässig ein und entziehen dem ökologischen Fortschritt die Basis.

Mehr und bessere Bildung, mehr Innovationen und ein wirksamer Umweltschutz kann es angesichts der finanziellen Erblast nur geben, wenn wir die Sanierung des Haushalts zügig vorantreiben und so neue Handlungsspielräume schaffen.

Anders als in Berlin schwadronieren wir in Düsseldorf nicht über Haushaltssanierung, wir machen sie. Und das nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch eine sparsame Ausgabenpolitik und klare Prioritätensetzungen.

Wir haben vor der Wahl klar gesagt: Kinder fördern statt Steinkohle.

Das Ende vom Bergwerk Walsum ist für uns der Einstieg in den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau. Ziel der Koalition ist die bis 2010 verabredete Absenkung der Subventionen aus dem Landeshaushalt in Höhe von 750 Millionen Euro.

Punkt für Punkt setzen wir unsere Koalitionsvereinbarung mit der CDU um.

Ich danke an dieser Stelle unserer Landtagsfraktion für die freundschaftliche Zusammenarbeit und ihre verantwortungsvolle Wahrnehmung ihrer Rolle als Regierungsfraktion. Der Dank gilt stellvertretend unserem Fraktionsvorsitzenden Gerhard Papke, der die Fraktion mit seinen beiden Stellvertretern Christoph Rasche, Christian Lindner und dem parlamentarischen Geschäftsführer Ralf Witzel erfolgreich führt.

Ich danke Ingo Wolf für die klare liberale Handschrift in der Innenpolitik. Es tut der inneren Liberalität unseres Landes gut, dass nach Willi Weyer und Burkhard Hirsch wieder ein Liberaler an der Spitze des Innenministeriums steht und ebenso wichtige wie schwierige Reformvorhaben in den Bereichen Polizei, Gemeindeordnung und Verwaltungsstruktur beharrlich und mit liberaler Überzeugungskraft vorantreibt.

So wie der Weltjugendtag in Köln, so wird auch die Fußball-Weltmeisterschaft für NRW ein internationales und friedliches Fest mit Freunden aus aller Welt. Liberale wissen dabei nur zu gut: Freunde empfängt man nicht mit Panzern.

Und mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Luftsicherheitsgesetz steht auch fest, dass in einem freiheitlichen Rechtsstaat in Friedenszeiten kein Kriegsrecht gelten darf. Zum wiederholten Mal haben Sie, lieber Burkhard Hirsch gemeinsam mit Gerhard Baum erfolgreich dafür gestritten, dass fundamentale Rechtssätze wie das Recht auf Leben und die Garantie der Menschenwürde nicht leichtfertig preisgegeben werden dürfen. Dafür gelten Ihnen unser Dank und unsere Anerkennung.

Wir machen Nordrhein-Westfalen wieder zu einem aufstrebenden Land und führen es zurück an die Spitze in Deutschland. Nordrhein-Westfalen gewinnt. Durch unser Reformprogramm nehmen wir Fahrt auf. Das neue NRW zieht an – in zweierlei Hinsicht: NRW gewinnt an Dynamik und an Attraktivität.

Und was macht Berlin? Nennen Sie mir ein Reformwerk der so genannten großen Koalition, das unser Land voran bringen könnte! Fehlanzeige. Das einzige, worin sich CDU und SPD einig sind, die Absicht zur Erhöhung von Steuern.

Kurt Becks Augenaufschlag in Richtung FDP ist ja ganz nett, aber er passt nicht zusammen mit einem noch tieferen Griff in die Tasche des Bürgers. Der Verweis auf die angeblich niedrige Steuerquote ist ein reines Ablenkungsmanöver: SPD und CDU versuchen, die Steuerquote klein zu reden und verschweigen, dass sie in Wahrheit durch ihre Steuererhöhungspläne auf ein Rekordniveau steigen wird. In Wahrheit zählt Deutschland bei der steuerlichen Belastung der Unternehmen wie bei der Steuer- und Abgabenlast der Bürger schon heute zu den Spitzenreitern in Europa.

Wer bei einer Staatsquote von 50 Prozent laut nach mehr Geld für den Staat ruft, der marschiert geradewegs in Richtung Sozialismus.

Was längst überfällig ist in Deutschland ist eine umfassende Steuerreform wie sie die FDP im Deutschen Bundestag vorgelegt hat: Einfach, niedrig und gerecht.

Ähnlich deprimierend ist das Bild, das die große Koalition bei der Gesundheitspolitik abgibt. Da hat sich Ulla Schmidt erst vor zwei Jahren mit einer Jahrhundertreform gerühmt. Sie wollte bessere Versorgung, gesunde Kassen und niedrigere Beiträge. Und was ist heute? Die Versorgung wird unsicherer, die guten Ärzte laufen uns davon, die Beiträge steigen und in den Kassen tun sich trotzdem neue Defizite auf.

Jetzt wird erneut eine Gesundheitsreform versucht. Aber das kann nicht funktionieren, wenn die beiden Koalitionäre mit so fundamental unterschiedlichen Ansätzen in die Debatte gehen. Nach dem „Mehrwertsteuereinkompromiss“ Null plus Zwei gleich Drei droht in der Gesundheitspolitik ein noch faulerer Kompromiss:

Umverteilung aus den privaten Kassen, plus Kopfpauschale, plus Gesundheitssoli und gleichzeitig werden die Wahloptionen für die Patienten bei Arzt- und Medikamentenwahl immer weiter eingeschränkt und das Gesundheitssystem immer planwirtschaftlicher aufgestellt. Statt am Gesundheitssystem immer mit neuen Regulierungen und zusätzlichen Belastungen herumzulaborieren, müssen wir das System auf eine neue Grundlage stellen.

Die FDP hat dafür eine klare Zielsetzung.

Wir brauchen eine Gesundheitsreform, die das System mit Wettbewerb auf Effizienz einstellt. Wir wollen, dass die Versicherten selbst entscheiden können, welche Leistungspakete sie versichern. Wir wollen keine gesetzlich verordnete Rationierung von Gesundheitsleistungen sondern die Entscheidungsfreiheit zurück auf den Einzelnen verlagern.

Entscheidend ist, dass die Beitragssätze nicht weiter den Faktor Arbeit belasten. Deshalb hält die FDP an ihrem Vorschlag fest, die Krankheitskosten von den Lohnnebenkosten zu entkoppeln. Eine solche Reform ist aber von der großen Koalition leider nicht zu erwarten.

Je hoffnungsloser die Situation in Berlin, desto wichtiger wird es, dass wir hier in NRW unseren Kurs der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft zum Erfolg führen.

Unser Erfolg in NRW ist die beste Visitenkarte für die nächste Bundestagswahl.

Apropos nächste Bundestagswahl: Wir begrüßen die von Kurt Beck beendete Stigmatisierung der FDP in weiten Kreisen der Sozialdemokratie. Das war ein Schritt in Richtung Normalität.

Dabei ist uns doch allen klar: Wir sind in Berlin in der Opposition, und zwar zu beiden, zu SPD und CDU. Und wir müssen uns mit beiden kritisch auseinandersetzen.

Wir haben mit Guido Westerwelle an der Spitze von Partei und Fraktion die Chance, unsere Konzepte und Ideen zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft im Deutschen Bundestag noch wirksamer gegen die Hilflosigkeit der großen Koalition zu stellen. Dabei wird Dir, lieber Guido, der Landesverband alle Unterstützung zukommen lassen. Wir werden mit unsere Landesgruppe in Berlin und einer überzeugenden Regierungsarbeit in Nordrhein-Westfalen Rückenwind für den Wechsel im Bund leisten. Genauso wie Du einen maßgeblichen Anteil an unseren Erfolgen in den vergangenen zwei Jahren hattest.

Vor zwei Jahren in Hagen hatten wir uns viel vorgenommen. Wir wollten einen erfolgreichen Dreisprung landen – bei Europa- und Kommunalwahlen, bei der Landtags- und der Bundestagswahl. Und auf die Ergebnisse können wir stolz sein: Wir haben bei der Europawahl das beste Ergebnis für die NRW-FDP seit Bestehen des Europaparlaments erzielt. Wir haben bei den Kommunalwahlen die Anzahl unserer Mandate von 750 auf 1.200 erhöht. Wir haben bei der Landtagswahl den Regierungswechsel geschafft, wir haben auch

die Prognose bestätigt, dass dann auch rot-grün in Berlin stürzt. Und wir haben in NRW bei der Bundestagswahl mit einem zweistelligen Ergebnis entscheidend zum FDP-Erfolg beigetragen.

Diese Erfolge wollen wir nutzen und ausbauen. Wir wollen neue Mitglieder hinzugewinnen, unsere Mitglieder noch aktiver in die Parteiarbeit einbinden und damit unsere Basis vor Ort noch stärker machen. Für die Professionalisierung der Parteiarbeit und den Ausbau der Kampagnenfähigkeit sorgt vor allem unser Generalsekretär Christian Lindner, der bereits im Landtagswahlkampf gemeinsam mit Ingo Wolf einen wichtigen Beitrag für unseren Erfolg geleistet hat. Er ist heute eine Stütze in Partei und Fraktion, wenn es darum geht, unser liberales Profil zu schärfen und weiterzuentwickeln und die Organisation unseres Landesverbandes ständig zu optimieren.

Kurzum: Er macht alles, was ein Generalsekretär machen muss. Und er macht es gut. Deshalb mache ich Ihnen heute den Vorschlag, ihn wiederzuwählen.

Ich danke meinen Stellvertreterinnen Angela Freimuth – unsere Vizepräsidentin im Landtag – und Gisela Piltz – unserer Landesgruppenchefin in Berlin.

In besonderer Weise möchte ich heute unseren Schatzmeister hervorheben. Er hat zwar immer noch keinen Schatz, aber er ist ein Meister, wenn es darum geht, die Finanzen unseres Landesverbandes in geordneten Bahnen zu halten und Probleme der Vergangenheit beharrlich und professionell zu bewältigen. Herzlichen Dank Paul Friedhoff.

Liebe Freunde,
das waren auch für Sie zwei anstrengende Jahre mit vier harten Wahlkämpfen für unsere Mitstreiter in den Orts- und Kreisverbänden und ebenso für die Jungen Liberalen und für die anderen Vorfeldorganisationen, die immer kräftig mitgekämpft haben. Ich meine, es hat sich gelohnt.

Die FDP in NRW ist heute so stark wie seit langem nicht mehr. Dies war eine Gemeinschaftsleistung und darauf können wir stolz sein.

Lassen Sie uns diese neue Stärke gemeinsam nutzen, um unsere kommunale Basis weiter zu stärken, das neue NRW zügig zu bauen um dann auch endlich im Bund dafür arbeiten zu können, dass ganz Deutschland wieder anzieht.

Herzlichen Dank.